

Warum es die Konzernverantwortungsinitiative braucht

Vorwürfe nach Sektoren¹



- Rohstoffsektor: 29 %
- IT-Sektor: 16 %
- Konsumgüter (inkl. Textilien): 15 %
- Finanzdienstleistungen: 10 %
- Nahrungsmittel/Getränke: 8 %
- Infrastruktur: 8 %
- Schwermaschinenbau: 6 %
- Pharma/Chemie: 5 %
- Andere: 3 %

Ob Shell in Nigeria, Dow Chemical in Bhopal oder Modemarkenfirmen in Billiglohnländern: Seit Jahrzehnten gibt es unzählige Fälle, wie Unternehmen Menschenrechte verletzen und die Umwelt zerstören. Schweizer Firmen sind hier keine Ausnahme. Eine aktuelle Studie, welche Zahlen des Business & Human Rights Resource Centre auswertete, belegt dies.² Das Zentrum dokumentiert auf seiner Website (business-humanrights.org) seit zehn Jahren Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen an Unternehmen und gibt diesen Gelegenheit, darauf zu reagieren. Es ist die weltweit umfangreichste Sammlung solcher Berichte, aber auch hier sind längst nicht alle Vorkommnisse erfasst, sondern nur jene, die von Betroffenen, Nichtregierungsorganisationen oder Medien ans Licht der Öffentlichkeit gebracht wurden. Ein Blick auf die primär betroffenen Branchen zeigt: Menschenrechtsverletzungen kommen gehäuft in Sektoren vor, in denen Schweizer Firmen stark vertreten sind, allen voran im Rohstoffsektor.

Schlüsselt man die dokumentierten Fälle nach Ländern auf, so liegt der Firmensitz Schweiz bezüglich Vorwürfen absolut auf Rang 9. Berücksichtigt man hingegen die Grösse der Schweizer Volkswirtschaft (bzgl. BIP liegt die Schweiz weltweit auf Rang 20), so liegt die Schweiz sogar auf Rang 5. Im Folgenden fünf exemplarische Beispiele:

Glencore im Kongo: Umweltzerstörung und Polizeigewalt

Im April 2012 erklärte die in Zug ansässige Glencore, das Problem der Gewässerverschmutzung durch ihre Fabrik Luilu in der Demokratischen Republik Kongo sei gelöst. Doch neue wissenschaftliche Analysen belegen das Gegenteil: Proben aus dem Canal Albert und dem Fluss Pingiri zeigen, dass diese Wasserläufe Kupfer- und Kobaltkonzentrationen aufweisen, die ein Vielfaches über den Grenzwerten der Weltgesundheitsorganisation liegen: bei Kupfer bis zu 6 Mal, bei Kobalt sogar bis zu 53 Mal. Im Fluss Luilu schwimmen denn auch keine Fische mehr und die einstigen Weideflächen entlang des Flusses gleichen «verbrannter Erde». Die Bevölkerung flussabwärts kann das Wasser weder für ihre täglichen Bedürfnisse noch für das Bewässern der Felder nutzen. Andernorts in der DRC treibt Glencore zudem ein Minenprojekt in einem Jagdschutzgebiet voran. Überdies kommt es immer wieder zu Gewalt von Sicherheitskräften. Im Februar 2014 starb Mutombo Kasuyi nach Polizeigewalt auf dem Konzessionsgelände der Glencore gehörenden Kamoto Copper Company (KCC) in Kolwezi. Der Familienvater hatte dieses auf der Suche nach Arbeit durchquert.³

Bata: Arbeitsrechtsverletzung bei Zulieferer

Die sri-lankische Schuhfabrik Palla & Co. produzierte bis Ende 2013 Schuhe für Bata, mit Hauptsitz in der Schweiz. Im August 2012 war Bata gemäss der lokalen Gewerkschaft Hauptabnehmer der Fabrik. Zu diesem Zeitpunkt weigerte sich das Fabrikmanagement erstmals, ihren Angestellten die vereinbarte, ihnen halbjährlich zustehende Lohnerhöhung zu zahlen, angeblich wegen finanzieller Schwierigkeiten. Dies wiederholte sich Ende 2012 und im August 2013. Da Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und dem Fabrikmanagement erfolglos geblieben waren, traten die Angestellten in einen Streik. Statt den Dialog mit den Streikenden aufzunehmen, reagierte Palla mit Entlassungen. Im November 2013 wurden zuerst 15 Gewerk-



schafterinnen und Gewerkschafter suspendiert und im Dezember dann 179 gewerkschaftlich organisierte Angestellte entlassen. Einige wurden in den darauffolgenden Wochen wieder eingestellt, jedoch unter der Bedingung, sich nicht mehr gewerkschaftlich zu engagieren. 92 Angestellte und 12 GewerkschaftsvertreterInnen kämpfen immer noch um ihre Stelle. Eine andere Anstellung zu finden, ist schwierig, denn das Fabrikmanagement soll Listen mit Namen der Entlassenen verbreitet und andere Fabriken dazu aufgefordert haben, diese nicht einzustellen. Mit diesen Arbeitsrechtsverletzungen konfrontiert, stellte sich Bata zuerst auf den Standpunkt, nichts mit diesem Fall zu tun zu haben. Später räumte der Schuhkonzern ein, dass Palla den Bata-Verhaltenskodex verletzt habe, weigerte sich jedoch, sich für eine Lösung des Konflikts einzusetzen. Ende 2013, also eineinhalb Jahre nach Ausbruch des Konflikts, beendete Bata seine Geschäftsbeziehungen zu Palla, ohne sich um eine Wiedergutmachung für die Betroffenen bemüht zu haben. Dieses «cut and run»-Verhalten stellt eine grobe Verletzung der unternehmerischen Verantwortung dar, die Menschen- und Arbeitsrechte zu respektieren.⁴

**Syngenta:
Tödliches Pflanzenschutzmittel**

Im Wissen, dass Paraquat in vielen Entwicklungsländern nicht sachgerecht verwendet werden kann, forciert Syngenta den Verkauf seines umstrittenen Pestizids auch in diesen Ländern. Der Basler Konzern macht sich damit mitschuldig an Tausenden von Vergiftungs- und Todesfällen pro Jahr. Wegen seiner hohen Toxizität ist Paraquat in der Schweiz seit 1989 verboten und gilt als das tödlichste Herbizid weltweit. Die Zahl der Vergiftungen mit Pestiziden wird global auf über 1 Million pro Jahr geschätzt. Zehntausende davon enden tödlich. Ein wesentlicher Teil dieser Vergiftungen ist auf die Anwendung von Paraquat zurückzuführen. Hauptursachen für die unzähligen Opfer sind fehlende Schutzkleidung und schadhafte Sprühgeräte. In vielen Fällen haben die Bauern und Bäuerinnen nicht die nötigen Mittel, um die notwendige Ausrüstung zu kaufen, oder das Tragen der Schutzkleidung wird durch das tropische Klima erschwert. Auf Kritik reagiert der Konzern seit Jahren mit den immer gleichen Antworten: Bei korrekter Anwendung sei das Produkt ungefährlich und mit Schulungsprogrammen seien bereits Millionen von AnwenderInnen geschult worden. Dabei blendet Syngenta aus, dass eine korrekte Anwendung von Paraquat und die Einhaltung der notwendigen Sicherheitsstandards in den meisten Ländern eine Illusion sind – und dies auch durch die Schulungsprogramme nicht verändert werden kann.⁵

**Roche und Novartis:
Unethische Medikamententests**

Die klinischen Studien von Pharmakonzernen wie den Schweizer Firmen Roche und Novartis in Schwellen- und Entwicklungsländern verstossen häufig gegen ethische Minimalstandards. Medikamententests am Menschen sind der wichtigste, heikelste und zugleich teuerste Teil der pharmazeutischen Forschung und Produktentwicklung und werden deshalb immer häufiger in regulationsarme «Billigtestländer» ausgelagert. Fast jede zweite Testreihe wird heute in Entwicklungs- und Schwellenländern durchgeführt. In China beispielsweise kostet derselbe Versuch dreimal weniger als in den USA und geht zudem deutlich schneller. Viel einfacher ist in ärmeren Ländern auch die Rekrutierung von «Freiwilligen», weil der einzige Zugang zu Medikamenten häufig über die Teilnahme an klinischen Tests führt. Untersuchungen in Argentinien, der Ukraine, Russland und Indien zeichnen ein alarmierendes Bild: Wegen lascherer Regulierung und geringeren Kontrollkapazitäten birgt die Auslagerung die Gefahr, dass internationale ethische Standards nicht eingehalten und die Menschenrechte verletzt werden. Dies fällt etwa beim Einholen der Einverständnisse, bei missbräuchlicher Placebo-Nutzung, bei alternativlosem Behandlungsabbruch nach Testende oder bei fehlenden Entschädigungen für gravierende

Nebenwirkungen auf. Selbst wenn das Produkt später im selben Land vermarktet wird, ist das getestete Produkt für die allermeisten Testpersonen unerschwinglich. Und die Patientinnen und Patienten wissen in einigen Fällen nicht einmal, dass sich ihre Medikamente noch in der Testphase befinden. Ihre Rechte werden so mit Füßen getreten.⁶

**Neosoft AG: Überwachungs-
technologie für Todesschwadron?**

Die Schweizer IT-Firma Neosoft taucht in den im September 2013 veröffentlichten «Spy Files» von Wikileaks auf, und zwar als einer der wenigen Schweizer Hersteller von qualitativ hochstehender Überwachungstechnologie. Darunter befindet sich der sogenannte IMSI-Catcher, ein Gerät, das Mobiltelefone im Umkreis von bis zu einem Kilometer erkennen und ihre BenutzerInnen identifizieren kann. Im Sommer 2014 interessierte sich eine Delegation aus Bangladesch für diese Technologie. Zehn Mitglieder der paramilitärischen Spezialeinheit Rapid Action Battalion besuchten Neosoft. Amnesty International und Human Rights Watch nennen das RAB eine Todesschwadron – seit 2004 sei das Battalion für über 700 Morde und die Entführung unzähliger oppositioneller AktivistInnen verantwortlich. Ob die tödliche Technologie tatsächlich geliefert wurde oder wird, steht nicht fest, doch es gibt starke Indizien, dass dies angestrebt wird. In der Ausschreibung des Rapid Action Battalion, die der Wochenzeitung «WOZ» vorliegt, wird nämlich verlangt, dass der Lieferant dem RAB ein Training am Herstellungsort («factory site») anzubieten hat – «für zehn Offiziere während zehn Arbeitstagen». Das Training beinhaltet gemäss den Dokumenten eine Ausbildung für Systemadministratoren. So soll der Wissenstransfer sichergestellt werden und die Offiziere des RAB sollen lernen, wie sie Softwareprobleme beheben. Der belegte Besuch der Delegation aus Bangladesch könnte genau diesem Zweck gedient haben.⁷ Das für Exportkontrollen zuständige Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) hat deshalb im September 2014 bei der Bundesanwaltschaft Strafanzeige gegen Neosoft eingereicht. Gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz konnte die «Neue Luzerner Zeitung» Einblick in eine Länderliste von Exportgesuchen für Überwachungstechnik nehmen. Neben Bangladesch waren darauf auch Aserbaidschan, Äthiopien, Venezuela oder Weissrussland zu finden. Weitere Gesuche für Exporte nach Jemen, China, Russland oder Turkmenistan wurden schliesslich zurückgezogen. Das SECO gibt an, bisher noch nie einen solchen Export verboten zu haben. Die rechtlichen Hürden dafür seien hoch, da die Menschenrechtslage bei sogenannten Dual-Use-Gütern kein gesetzliches Kriterium darstellt.⁸

- 1 Quelle: Kamminga 2015, basierend auf 1877 Vorwürfen von 2005 – 2014 auf business-humanrights.org
- 2 Menno T. Kamminga, Utrecht University, Company Responses to Human Rights Reports: An Empirical Analysis. Die daraus stammenden nach Heimatland aufgeschlüsselten Zahlen wurden hier mit Daten der Weltbank zum BIP angereichert.
- 3 Brot für alle/Fastenopfer, [Medienmitteilung](#) 17.6.14.
- 4 <http://business-humanrights.org/en/sri-lanka-ngo-calls-on-bata-shoe-company-to-take-responsibility-for-suppliers-dismissal-of-workers-allegedly-due-to-union-activity> und www.cleanclothes.org/news/2014/12/15/tell-bata-to-stop-cut-and-run-sri-lanka
- 5 www.paraquat.ch
- 6 www.evb.ch/themen-hintergruende/gesundheit/klinischeversuche/
- 7 [WOZ, 4.9.2014](#)
- 8 Neue Luzerner Zeitung, 8.1.15, «Schleier um Big Brother gelüftet»; St. Galler Tagblatt, 6.2.15, «Geheimniskrämerei um Big Brother».